

# **Arbeit – Reichtum – Wachstum**

## **Wir brauchen einen neuen Gesellschaftsvertrag**

*Ein Diskussionsbeitrag zu einem „anderen Reformstau“*

**Herne, im September 1998**

### **Arbeitsgemeinschaft westfälischer Sozialpfarrer**

Wolfgang Belitz, Unna  
Jürgen Klute, Herne  
Reiner Schäfer, Kirchhellen  
Dr. Hans-Udo Schneider, Dorsten

*Arbeit ist die tätige Teilhabe an der Entwicklung einer humanen Gesellschaft*

# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Das Verschwinden der Arbeit</b>	<b>3</b>
<b>2. Die Verwandlung der Arbeit</b>	<b>4</b>
Verschlechterung des Rechtsstatus	5
Ent-Humanisierung der Arbeitswelt	5
Arbeitsplatzvernichtung durch Arbeitsplatzmetamorphosen	5
<b>3. Die Bedeutung der Erwerbsarbeit in der Industriegesellschaft</b>	<b>6</b>
<b>4. Die Vermehrung des Reichtums</b>	<b>8</b>
<b>5. Die Erneuerung der Ökonomie</b>	<b>11</b>
<b>6. Die Erneuerung des Verhältnisses von Frauen und Männern</b>	<b>14</b>
<b>Anhang: Grafiken</b>	<b>16</b>

**Hinweis: Die Seitennummerierung dieser Textausgabe im PDF-Dateiformat weicht von der Seitennummerierung der Printausgabe ab!**

**Bezug der Printausgabe:**

Sozialpfarramt Herne  
Overwegstraße 31  
44625 Herne

Telefon: 02323 / 9949841 – Fax: 02323 / 9949845 – e-mail: [kda.herne@kda-ruhr.de](mailto:kda.herne@kda-ruhr.de)

WWW: [www.kda-ruhr.de](http://www.kda-ruhr.de) / [www.amos-blaetter.de](http://www.amos-blaetter.de) / [www.reformwerkstatt.ruhr.de](http://www.reformwerkstatt.ruhr.de)

# 1. Das Verschwinden der Arbeit

In Schlüsselbranchen der deutschen Industrie wurden seit Beginn der 90er Jahre erneut in dramatischem Umfang Arbeitsplätze vernichtet:

<b>Stahlindustrie:</b>	<b>ca. 70.000 Stellen</b>
<b>Automobilindustrie:</b>	<b>ca. 100.000 Stellen</b>
<b>Chemieindustrie:</b>	<b>ca. 220.000 Stellen</b>
<b>Bahn:</b>	<b>ca. 165.000 Stellen</b>
<b>Öffentlicher Dienst:</b>	<b>ca. 220.000 Stellen</b>
<b>Banken:</b>	<b>ca. 60.000 Stellen</b>

Mit dieser gigantischen Arbeitsplatzvernichtung geht in den genannten Branchen eine ebenso gigantische Profitvermehrung im gleichen Zeitraum einher!

Dennoch: Mit dem verbleibenden Beschäftigungsstand ist keineswegs das Ende der Arbeitsplatzvernichtung erreicht.

## **Folgende Arbeitsplatzvernichtungen sind in der Planung bzw. in Verhandlung:**

<b>Telekom:</b>	<b>ca. 60.000 Stellen</b>
<b>Bahn:</b>	<b>ca. 10.000 Stellen pro Jahr in den nächsten Jahren</b>
<b>Banken:</b>	<b>ca. bis 400.000 Stellen (von derzeit noch ca. 720.000)</b>
<b>Versicherungen:</b>	<b>Seit Frühjahr 1997 verhandelt die Branche mit der HBV über einen pauschalen Abbau von 20 % der Stellen</b>
<b>Bergbau:</b>	<b>ca. 50.000 Stellen bis 2005 plus ca. 50.000 Stellen in der Mantelindustrie</b>

## **Folgende Arbeitsplatzabbaupotentiale werden zur Zeit diskutiert und eruiert:**

<b>Automobilindustrie:</b>	<b>bis zu 200.000 Stellen bis 2010</b>
<b>Stahlindustrie:</b>	<b>bis zu 120.000 Stellen bis 2007</b>
<b>Öffentlicher Dienst:</b>	<b>bis zu 2,6 Millionen Stellen bis ca. 2007 (= 46 %)</b>
<b>Handel:</b>	<b>bis zu 3,4 Millionen Stellen bis ca. 2007 (= 50 %)</b>

Diese Zahlen, die keineswegs die gesamte Wirtschaft beschreiben, belegen tendentiell einige dramatische Analysen der Arbeitsmarktentwicklung:

Prof. Dr. M. Miegel (IWG Bonn) beschreibt in dem Beitrag „Arbeit ohne Zukunft?“ in ManagerMagazin (März 1997) ein Rationalisierungspotential in der Wirtschaft der BRD von ca. 30 %.

Im gleichen Sinne äußerten sich Herbert A. Henzler (McKinsey) und Lothar Späth in ihrem 1993 erschienen Buch „Sind die Deutschen noch zu retten? Von der Krise in den Aufbruch“. Wenn die heute verfügbare Technik in den Betrieben und Büros zum Einsatz käme, so die beiden Autoren, würden allein in Westdeutschland etwa 9 Millionen noch bestehender Arbeitsplätze wegfallen und die Arbeitslosigkeit stiege auf rund 38 %.

Eine Würzburger Studie aus dem Jahre 1997 besagt: In den nächsten 10 Jahren werden in den nicht McDonalds-Dienstleistungsbereichen fast 7 Millionen Arbeitsplätze verlorengehen durch mikroelektronische Automatisierung und Organisationsreformen (Rainer Thome, Arbeit ohne Zukunft?, Verlag Vahlen, München, 1997).

Langfristig, so Jeremy Rifkin in seinem Buch „Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft“ (1993), reichen infolge heutiger technologischer Entwicklungen 20 % des Erwerbspotentials aus, um den gesellschaftlichen Reichtum an Gütern und Dienstleistungen zu erzeugen und zu mehren (Rifkin, Jeremy: Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft. Campus Verlag, Frankfurt / New York 1995).

Friedhelm Hengsbach hat diese Prognosen im Spiegel (Nr. 10/1997) zusammengefaßt: „Das Brutto-sozialprodukt in der Bundesrepublik hat sich in den vergangenen 30 Jahren verdoppelt, die Arbeitszeit pro Beschäftigtem ist um ein Fünftel zurückgegangen (vergl. Grafik 1 im Anhang, Anm. d. Autoren). Der Produktivitätsfortschritt ist so rasant, daß der Trend, mit weniger Arbeitskräften dasselbe oder ein besseres Produktionsergebnis zu erzielen, nicht zu stoppen ist. Vollbeschäftigung wie in den 60er Jahren wird es nicht mehr geben. ... Ich denke, daß die Industriegesellschaft an einer Wegmarke steht, wie vor 150 Jahren die Agrarwirtschaft. Damals waren 80 % der Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig, heute sind es 2 – 4 Prozent. Vielleicht schaffen es in 50 Jahren 10 % der Beschäftigten, die Gesellschaft mit allen Industrieprodukten zu versorgen.“

Der 1997 dem Club of Rome von Orio Giarini und Patrick M. Liedtke vorgelegte Bericht „Wie wir arbeiten werden“ geht von einer ähnlichen Entwicklung aus (Giarini, Orio / Liedtke, Patrick M.: Wie wir arbeiten werden. Der neue Bericht an den Club of Rome. Mit einem Vorwort von Ernst Ulrich von Weizsäcker. Hoffmann und Campe, 1998).

Noch ein Zweites machen die oben genannten Zahlen und Analysen deutlich: Bisher wurden von Politikern, Wirtschaftsleuten und z. T. auch von Gewerkschaftsfunktionären der Dienstleistungssektor als Schlüssel zur Lösung des Arbeitsmarktproblems dargestellt. Ohne Zweifel gibt es im Dienstleistungssektor Bereiche, in denen - deutlich erkennbar - neue Arbeitsplätze entstehen. Aber diese Zahl reicht nicht aus, um die Verluste an andere Stelle auch nur annähernd zu kompensieren. Und bei neu entstehenden Industriedienstleistungen wird normalerweise nicht erfaßt, inwieweit es sich dabei nur um Ausgründungen handelt, die zugleich mit Arbeitsplatzverlusten verbunden sind.

Diese Bedenken gegen das „Konzept Dienstleistungsgesellschaft“ als Weg aus der Arbeitslosigkeit werden von Analysen des DIW in Berlin untermauert (siehe Wochenberichte 14 / 1996 und 29 / 1998).

Der Dienstleistungssektor erbringt also keine relevante Entlastung des Arbeitsmarktes, sondern ist bis auf weiteres einer der bedeutendsten Arbeitsplatzvernichter.

## 2. Die Verwandlung der Arbeit

---

Die zuvor beschriebenen quantitativen Veränderungen stellen die eine Seite der Veränderungen des Erwerbsarbeitsmarktes dar.

Eine andere Seite sind die qualitativen Veränderungen, die Arbeitsplatzmetamorphosen. Sie verschlechtern den Rechtsstatuts von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, sie vermindern die Lebensqualität der Arbeitswelt (Ent-Humanisierung der Arbeitswelt) und sie wirken zum Teil Arbeitsplatz vernichtend.

## Verschlechterung des Rechtsstatus:

- In einigen Branchen (z. B. Einzelhandel) werden tariflich abgesicherte Regelarbeitsplätze fast schon systematisch durch prekäre Arbeitsplätze ersetzt, wie z. B. 620-DM-Jobs, oft ohne vertragliche Grundlagen.
- Unternehmen setzen immer häufiger befristete Arbeitsverhältnisse (meist 1 Jahr) durch.
- Das geltende Tarifrecht, insbesondere die Flächentarifverträge, geraten ebenso unter Druck wie eine Vielzahl von Schutzrechten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.
- Ein weiterer und wichtiger Aspekt ist die Zerlegung großer Unternehmen in sogenannte Netzwerkstrukturen. Dadurch werden nachhaltig die Wirkungen des Betriebsverfassungsgesetzes, die betriebliche und die unternehmensweite Arbeitnehmermitbestimmung (Betriebsräte und Gewerkschaften) unterlaufen. Im Regelfall sind sie nur mehr im Rahmen befristeter Betriebsvereinbarungen zu sichern. Ihre dauerhafte Wirkung ist damit infrage gestellt. Zusätzlich unterlaufen werden diese klassischen Instrumente der Arbeitnehmermitbestimmung durch neue Organisationsformen im Betrieb. Ein politischer Wille zur Fortentwicklung des Arbeitsrechts und des Betriebsverfassungsgesetzes, daß diesen neuen Bedingungen Rechnung trägt, ist gegenwärtig nicht erkennbar.
- Klassische Beschäftigungsverhältnisse werden in signifikantem Umfang durch (Schein-) Selbständigkeiten ersetzt (u. a. im Einzelhandel und in der Transportbranche, aber zunehmend auch in anderen Dienstleistungsbereichen).
- Diese Entwicklungen haben tiefgreifende Auswirkungen auf die auf der fordistischen Arbeitsorganisation basierenden Sozialversicherungssysteme.

## Ent-Humanisierung der Arbeitswelt:

- Die entrechtlichten Arbeitsbeziehungen setzen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einem verstärkten Machtkampf aus, ohne daß sie über geeignete strukturelle Machtinstrumente für einen solchen Kampf verfügen. Was in der Theorie durchaus verlockend klingt – mehr Freiheiten, mehr Flexibilität, etc. – bedeutet in den meisten Fällen nichts anderes als die Übernahme schwer kalkulierbarer ökonomischer Risiken durch die einzelnen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Der Druck dieser Risiken fördert – vor allem im Bereich der (Schein-) Selbständigen – die Selbstausbeutung und den Verzicht auf gesundheitliche Schutzmaßnahmen, um Kosten zu senken, um überleben zu können.

## Arbeitsplatzvernichtung durch Arbeitsplatzmetamorphosen:

- Insbesondere neue Organisationsformen in den Unternehmen führen nicht nur zu veränderten Arbeitsbeziehungen, sondern Verringern auch die Zahl von Arbeitsplätzen durch Optimierung der Arbeitsabläufe. Dazu zählt auch die viel diskutierte Flexibilisierung der Arbeitszeit – oft nichts anderes als Arbeit auf Abruf. Das heißt: Arbeitskraft wird nur noch abgerufen, wenn sie gebraucht wird und auch nur dann bezahlt. Das heißt aber auch: Sogenanntes Überhangpersonal für Spitzenauslastungen wird eingespart. Gleiche Wirkungen haben die sogenannten Jahresarbeitszeitkonten: Überstundenzuschläge werden eingespart. Ebenso Personal, daß als Reserve für Produktionsspitzen vorgehalten wurde.

Wenige Starke werden im Kampf um Arbeitsplätze überleben – einige von ihnen werden dabei auch gut überleben. Ein immer größerer Teil wird aber ausgegrenzt werden und bleiben. Dies geschieht als Folge der Un-Kultur des Shareholder-Value, die lediglich die sehr partiellen Interessen der Gewinner,

der Shareholder, im Blick hat. Und das sind die Interessen toten Kapitals und nicht die Interessen lebendiger Menschen und einer lebendigen Umwelt.

### 3. Die Bedeutung der Erwerbsarbeit in der Industriegesellschaft

---

Erwerbsarbeit ist nach wie vor im Bewußtsein der Mehrheit der Bevölkerung das zentrale und unverzichtbare Mittel zur Einkommenssicherung. Sie ist aber in der Wahrnehmung und im Erleben der Menschen immer auch noch mehr: nämlich zentraler Aspekt der Persönlichkeitsentwicklung. Selbstwertgefühl und Selbstachtung vermitteln sich wesentlich über die gesellschaftliche Anerkennung der (Erwerbs-) Arbeit.

Der Ausschluß von der Erwerbsarbeit führt zu Prozessen psychischer und sozialer Isolation. Die Möglichkeiten menschlicher Reproduktion werden eingeschränkt, für die Mehrheit der Betroffenen ist damit die Einschränkung und Zerstörung menschlicher Subjektivität verbunden.

Die politische Diskussion hat diese Zusammenhänge systematisch ausgeblendet. Arbeitslosigkeit ist weitgehend zu einem statistischen Problem verkommen. In Abwandlung eines Kommentars von Rosa Luxemburg im Kriegsjahr 1917 „Die Dividenden steigen, die Proletarier fallen“ gilt heute „Die Aktienkurse steigen, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, kinderreiche Familien fallen durch die weiten Maschen des sozialen Netzes“.

Die Auseinandersetzung über die strukturelle Krise der Erwerbsarbeit wird in der breiten Öffentlichkeit nicht geführt. Wenn es im Wahlkampf überhaupt eine Kontroverse gibt, dann darüber, wer über die vermeintlich besten Wachstumskonzepte verfügt. Das ist umso erstaunlicher, als selbst konservative Wissenschaftler (Bericht der Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen) den zwingenden Zusammenhang von Wirtschaftswachstum und Beschäftigungszunahme als nicht mehr gültig verwerfen. Vielmehr wird Vollbeschäftigung als „sozialromantische“ Utopie in Frage gestellt. Die genannte Kommission sieht die Zielperspektive in der „unternehmerischen Wissensgesellschaft“, in der jeder einzelne der „Unternehmer seiner Arbeitskraft und Daseinsvorsorge“ ist. Erwerbsarbeit steht nur noch für einen stetig schrumpfenden Bevölkerungsteil zur Verfügung. Die Beschäftigten sind hochqualifiziert, werden hoch bezahlt und können flexibel, je nach den momentanen Verwertungsbedürfnissen des Kapitals eingesetzt werden.

Für die Verlierer der unternehmerischen Wissensgesellschaft werden Niedriglohnbereiche geschaffen und ehrenamtliche Arbeit gegen Sozialhilfe angeboten.

Zu einer redlichen Bestandsaufnahme der Gegenwart hingegen gehört vor allem die Feststellung, daß die moderne Industriegesellschaft in eine tiefe Krise geraten ist, weil die sie legitimierende Grundlage zerstört ist: Mit dem definitiven Ende der Vollbeschäftigung (wer glaubt im Ernst an die Möglichkeit, durch welche Maßnahmen auch immer mehr als 7 Millionen Vollzeitarbeitsplätze zu schaffen, mit denen man seinen Lebensunterhalt bestreiten kann) ist der Gesellschaftsvertrag der letzten hundert Jahre zerbrochen und nicht wieder herstellbar.

Dessen Voraussetzung und Erfüllung bedeutete Vollbeschäftigung in Erwerbsarbeit in einem Normalarbeitsverhältnis für jedermann im wörtlichen Sinne: Jeder Mann arbeitet 45 Jahre, 48/40/35 Stunden pro Woche, ernährt mit dem Einkommen Frau und Kinder, finanziert mit den Steuern das Gemeinwesen und mit seinen Abgaben die soziale Sicherheit bei Krankheit, Unfall und im Alter.

Bei 7 Millionen fehlenden Arbeitsplätzen und 40% der Erwerbsfähigen, die entweder ganz ohne Arbeit oder ohne Normalarbeitsverhältnis sind und angesichts der Produktivitätsentwicklung in der modernen Arbeitswelt, bedarf es eines neuen Gesellschaftsvertrags, der den kleinen Leuten auf neue Weise ihren materiellen Lebensunterhalt sichert.

Gattungsgeschichtlich kann darauf hingewiesen werden, daß mit einem immer geringer werdenden menschlichen Arbeitsvolumen gleichbleibend viel oder mehr gesellschaftlicher Reichtum erzeugt werden kann (jobless growth). Wir sind in eine epochale Verteilungskrise hineingeraten, ohne uns damit auseinanderzusetzen. Wenn es durch den Einsatz moderner Rationalisierungstechnologien gelingt, mit sinkendem Arbeitsvolumen mehr zu produzieren, dann ist das Maß des Einkommens auf lange Sicht nicht mehr die Arbeitszeit des Arbeiters und der Arbeiterin, sondern die Lebenszeit des Bürgers und der Bürgerin. Wer auf moderne Technologien setzt in der Produktion, braucht auch moderne Techniken der Distribution. Man kann nicht produzieren mit den Verfahren des 21. Jahrhunderts und verteilen mit den Verfahren des 19. Jahrhunderts. Die traditionellen Formen der Beteiligung der Menschen an Arbeit und Einkommen sind strukturell historisch überholt und zerstört und müssen durch neue Systeme ersetzt werden.

Das dringlichste politische Reformprojekt der Gegenwart ist jetzt „eine breite und nachhaltige Einkommenssicherung“, die nur durch eine neue phantasievolle und sozial gerechte, am gesellschaftlichen Reichtum orientierte Einkommenspolitik ins Werk gesetzt werden kann., die zugleich die Beteiligung der Frauen an der Erwerbsarbeit und die Beteiligung der Männer an der Reproduktionsarbeit im Auge hat. Das Ziel ist eine neue Versöhnung von Arbeit und Leben für Männer und Frauen in einer lebendigen Beziehung von Mensch und Natur.

### **Die Grundaufgabe ist schwierig, aber klar:**

#### **Wir kennen vier Formen der Arbeit:**

**Erwerbsarbeit**  
**Haus- und Familienarbeit**  
**Eigenarbeit (Heimwerken, Hobby, Gartenarbeit)**  
**Bürgerarbeit (ehrenamtliche Arbeit)**

#### **Wir kennen drei Arten des Einkommens:**

**Lohn- und Gehaltseinkommen**  
**Kapitaleinkommen**  
**Transfereinkommen ( z.B. Kindergeld, Wohngeld, Sozialhilfe usw.)**

#### **Wir kennen zwei Geschlechter:**

**Männer und Frauen**

In einem neuen Gesellschaftsvertrag geht es darum, den mittelfristigen Veränderungen gerecht zu werden. Die Erwerbsarbeit nimmt ab. Die Fabriken, Büros und Läden werden immer menschenleerer, aber das Bruttosozialprodukt steigt an. Alle Menschen sollen, wollen müssen an Erwerbsarbeit

teilnehmen. **Das geht nicht ohne deutliche und anhaltende Arbeitszeitverkürzung.** Für den Fall, daß bei Arbeitszeitverkürzungen Einkommenseinbußen aus betriebswirtschaftlichen Gründen unabwendbar sind, muß es ein zweites Einkommen geben zur vollen Teilhabe am volkswirtschaftlichen Reichtum. **Unausweichlich werden in Zukunft gemischte Einkommen aus Erwerbs- Sozial- und Kapitaleinkommen für den einzelnen Haushalt.** Neu Wege zur Sicherung der Einkommen müssen beschritten werden. Das gemischte Einkommen dient einer gerechteren Verteilung des Reichtums. Die zur Zeit diskutierte Einführung von Kombilöhnen ist nichts anderes als die Verwaltung des Mangels.

Gleichzeitig werden die verschiedenen Formen der Arbeit anders gewichtet. Erwerbsarbeit behält ihren hohen Bedeutungsgehalt. Mit ihrer Verkürzung wird die strukturelle Voraussetzung dafür geschaffen, daß Frauen und Männer, die als Familie oder Partnerschaft mit Kindern leben wollen, beide einen gleichmäßigen Anteil an der Erwerbs- und an der Haus- und Familienarbeit erhalten. Denkbar ist es auch, gute und nützliche, gesellschaftlich hoch zu schätzende Eigen- und Bürgerarbeit öffentlich zu alimentieren weit über dem Niveau der heutigen Sozialhilfe. Zu den institutionellen Gegebenheiten eines neuen Gesellschaftsvertrags wird darum auch **eine Bundesanstalt für Einkommen** gehören müssen, die die Bundesanstalt für Arbeit und ihre Gliederungen entsprechend ergänzt.

Zur Finanzierung des neuen Gesellschaftsvertrags steht selbstverständlich der gesamte gesellschaftliche materielle Reichtum zur Verfügung mit dem wir alles finanzieren können, was wir politisch wollen. Die Umverteilung des gesamten Arbeitsvolumens und die des gesamten erwirtschafteten Reichtums auf alle Menschen müssen untrennbar miteinander verbunden bleiben. **Jede Politik, die diese Fragen nach einer breiten und nachhaltigen Einkommenssicherung vernachlässigt, ausklammert oder gar leugnet ist nicht zukunftsfähig.**

Ein Innovationsvorhaben dieser Art ist allerdings in keinem Wahlprogramm und keiner Wahlplattform des Wahljahres 1998 zu lesen.

## 4. Die Vermehrung des Reichtums

---

Parteiprogramme und Wahlplattformen, die darum im Wahljahr 1998 nicht von der aktuellen Reichtumssituation in unserem Lande reden, sind das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben sind.

Die von allen politischen Akteuren geforderte und verheißene Politik der sozialen Gerechtigkeit ist ein Widerspruch in sich selbst, wenn sie nicht untermauert ist mit präzisen Angaben und aktuellen Erkenntnissen über die Entwicklung, die Höhe und Größe, die Verteilung, sowie die Verwendung und Belastung bzw. Nichtbelastung der hohen Einkommen und großen Vermögen.

Die hohen Einkommen und die großen Vermögen wachsen seit Jahr und Tag unaufhörlich und von Jahr zu Jahr rasanter. Der materielle Reichtum dieses Landes ist ins Unermeßliche gestiegen, die Formen seiner Verteilung unter der Bevölkerung ins Groteske.

Der Gipfel der Irrationalität aber ist die Tatsache, daß über den deutschen materiellen Reichtum und seine Verteilung nicht geredet werden darf und geredet werden kann, weil das Thema ein Tabu ist und die Tatsachen bislang weitgehend unbekannt sind. Reichtum ist wie ein scheues Reh, unsichtbar und unbekannt in den Augen der Öffentlichkeit, unerkant und unerforscht in der Wissenschaft, unerwünscht und unbequem in der Politik wie die Armutsdiskussion. Viele, die meisten, alle politischen Maßnahmen, die unter diesen selbstverschuldeten oder beharrlich zementierten Rahmenbedin-



gungen getroffen werden, sind daher unausweichlich realitätsfern und tatsachenim?mun.

„Verlässliche Daten über die Vermögensverteilung und -entwicklung in Deutschland liegen in ausreichendem Umfang nicht vor. Es bedarf deshalb nicht nur eines regelmäßigen Armutsberichts, sondern darüber hinaus auch eines **Reichtumsberichts**.“ („Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit.“ 1997. Randnummer 219. Im folgenden: „Sozialwort der Kirchen“; Randnummer = RN)

Das dunkelste Kapitel betrifft das **Betriebsvermögen**. Alles wird in Deutschland lückenlos statistische erfaßt vom Bienenvolk bis zum Hühnerei. Unbekannt bleiben die heiligen Zahlen: Umfang und Verteilung des Betriebsvermögen sind nicht einmal in Ansätzen bekannt. Rund 70% der deutschen Aktien befinden sich in den Händen von Unternehmen, Banken und Versicherungen. Höchstens 6% der privaten Haushalte sind am Produktivvermögen beteiligt. Umgekehrt ist der Beitrag der deutschen Wirtschaft zum Steueraufkommen heute auf dem tiefsten Stand seit 1949 angelangt.

Das **Haus- und Grundvermögen** ist in der wohlhabenderen Hälfte der privaten Haushalte konzentriert. Sie verfügt über drei Viertel dieser Vermögensart. Der durchschnittliche Verkehrswert der Immobilien der privaten Haushalte mit mehr als 5.000 DM Nettoeinkommen liegt deutlich über einer halben Million DM.

Extreme Einsichten bietet das **Geldvermögen** der privaten Haushalte. Es ist in der Zeit von 1970 bis 1997 von 494 Mrd. DM auf 5.344 Mrd. DM angewachsen und hat sich allein im letzten Jahrzehnt verdoppelt. Es wächst jährlich um mehrere hundert Mrd. DM, wobei der Zuwachs zu 70% aus Zins und Zinseszins besteht, die von der großen Mehrheit der Bevölkerung gezahlt werden müssen. Rein statistisch betrachtet verfügt demnach jeder private Haushalt im Durchschnitt über 155.000 DM Geldvermögen. Tatsächlich aber ist die Verteilung extrem ungleich. Nach einer älteren Zahl aus dem Mikrozensus verfügen 10% der Haushalte über 50% des Geldvermögens und 50% der Haushalte über 2,5% des Geldvermögens. Um die Dimensionen de Reichtums in Deutschland anzudeuten, ist der folgende Vergleich geeignet: Die Gesamtkosten für die Sozialhilfe in diesem Land beliefen sich in 1997 auf 44,8 Mrd. DM. Das ist deutlich weniger als 1% des Geldvermögens der privaten Haushalte (siehe Grafik 2 im Anhang). Der Mangel ließe sich schmerzlos aus dem Überfluß beseitigen in einer Größenordnung, die neuerdings mit Peanuts bezeichnet wird.

Die zu den **Einkommen** vorhandenen Statistiken der letzten Jahre belegen einen „einkommenspolitischen Epochenwechsel“ und führen zu der Erkenntnis, daß die Einkommensspreizung derzeit zu immer neuen Höhepunkten führt im geschichtlichen Vergleich zur Geschichte des Landes. Noch nie waren die Einkommensungleichheiten größer als heute. Das erste Fünftel der Haushalte in der Einkommensskala erhält 37,5% der verfügbaren Einkommen, das fünfte Fünftel nur 9,1%. Vom Zuwachs des verfügbaren Einkommens im Jahre 1997 in Höhe von 78 Mrd. DM entfielen mehr als Zweidrittel auf die Kapitaleseite, 29,5% auf die Nettolöhne und 3,3% auf Renten und dergleichen.

Vollends zum Skandal werden diese Befunde, wenn man weiß, daß alle Angaben der Einkommens- und Verbraucherstatistik (EVS) die wahrhaft reichen Haushalte mit einem verfügbaren Einkommen von mehr als 35.000 DM im Monat nicht einschließen, weil diese nicht befragt werden.

Dem gigantischen privaten Reichtum in Deutschland, der immer mehr Einkommens- und Vermögensanteile in immer weniger Händen konzentriert und an der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung vorbeigeht, steht ein armer Staat gegenüber, der von der Masse seiner Schulden und der Wucht der Zinslast geradezu erdrückt wird.

Dadurch rückt eine problematische Kostendiskussion in den Mittelpunkt des politischen Interesses,

die sich auf den Abbau des Sozialstaats und die Rücknahme sozialer Leistungen konzentriert:

**„Die Grenzen der Finanzierbarkeit des Sozialstaats sind erreicht.“**

**„Der Sozialstaat ist zu teuer.“**

**„Nötig sind Einschnitte bei den sozialen Leistungen.“**

**„Es ist nicht ausgemacht, daß unter veränderten Bedingungen alle Errungenschaften der Vergangenheit in ungeschmälerter Höhe festgehalten werden können.“**

So reden diejenigen, deren Errungenschaften nicht zur Disposition stehen.

Es ist unverantwortlich, fahrlässig und unglaubwürdig, eine politische Spar- und Kostendiskussion zu führen und schmerzliche Konsequenzen für die kleinen Leute zu realisieren, ohne die Ressourcen des Gemeinwesen zu kennen und den materiellen Reichtum der Gesellschaft zu erfassen, darzustellen und zur Grundlage der sozialpolitischen Diskussion zu machen. Diskutiert wird die halbe Wahrheit, zur Aufdeckung der ganzen Wahrheit fehlt der politische Wille.

Wer von Kosten redet, muß auch von den Erträgen reden, wer von Mangel redet, muß auch die Fülle sehen, wer den armen Staat beklagt, muß auch den Reichtum der Gesellschaft kennen. Der Weg der Politik ist zutiefst scheinheilig und unglaubwürdig. Nötig ist eine sozialetische Wende für einen neuen glaubwürdigen Weg einer Politik der sozialen Gerechtigkeit.

„Nicht nur Armut, sondern auch Reichtum muß ein Thema der politischen Debatte sei. Umverteilung ist gegenwärtig häufig die Umverteilung des Mangels, weil der Überfluß auf der anderen Seite geschont wird. Aus sozialetischer Sicht gibt es auch solidarische Pflichten und Sozialpflichtigkeit des Eigentums? Werden die Vermögen nicht in angemessener Weise zur Finanzierung gesamtstaatlicher Aufgaben herangezogen, wird die Sozialpflichtigkeit in einer wichtigen Beziehung eingeschränkt oder gar aufgehoben.“ (Sozialwort der Kirchen, RN 220) Hinzuzufügen bleibt noch, daß die Sozialpflichtigkeit des Eigentums nach wie vor Bestandteil des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland ist. Wer das Eigentum nicht einmal kennt, kann auch seine Sozialpflichtigkeit politisch nicht einlösen.

Kurzfristig braucht das Land einen sozialen Lastenausgleich in der Art wie ihn Georg Kronawitter vorgeschlagen hat, damit der Staat seine grundgesetzliche Verpflichtung zur sozialen Gerechtigkeit d.h. zum Abbau ungerechtfertigter sozialer Ungleichheiten erfüllen kann:

- **Wer ein Reinvermögen von mehr als zwei Millionen DM besitzt, sollte 10 Jahre lang jährlich ein Prozent dieses Reinvermögens als Lastenausgleich abführen müssen.**
- **Bei einem Reinvermögen von 10 bis 25 Millionen DM sollte die Abführung jährlich zwei Prozent betragen.**
- **Und bei einem Reinvermögen von über 25 Millionen DM sollte der Lastenausgleich jährlich drei Prozent ausmachen.**
- **Zur Verhinderung der Kapitalflucht wird das Vermögen vom 31. Dezember 1996 zugrunde gelegt als zum letzten Male Vermögenssteuer gezahlt werden mußte.**

Die Verwendung des Reichtums zur Finanzierung sozialer Gerechtigkeit kann ohne Erregung, ohne Sozialneidvorwürfe mit großer Gelassenheit geführt werden, weil die Fülle so groß ist, daß eine Umverteilung von oben nach unten nicht nur notwendig, sondern auch schmerzfrei möglich ist.

## 5. Die Erneuerung der Ökonomie

Der wirtschaftlich-technologische Fortschritt in den letzten 150 Jahren ist ganz ohne Zweifel beeindruckend. Er wurde über die systematische Steigerung der Arbeitsproduktivität erzielt, ein Prozeß der vor allem zu Lasten der Natur ging. Der Energie- und Ressourcenverbrauch stieg im o. g. Zeitraum um das Zwanzigfache. Die damit verbundenen Risiken und Gefahren sind hinreichend bekannt. Der wissenschaftliche Erkenntnisstand ist eindeutig: Der Fordismus der führenden Industrienationen kann nicht zum Weltmaßstab werden.

Dagegen steht die Diskrepanz zwischen Erkenntnis einerseits und dem individuellen und gesellschaftlichem Verhalten andererseits. Wie kann das erklärt werden? Auffallend ist zunächst der hohe Verflechtungsgrad der Wirtschaftsmonopole (insbesondere der Energiewirtschaft) mit der Finanzwirtschaft. Ihre einseitige und weit überzogene Koppelung der Investitionsentscheidungen an das Kriterium der Rentabilität hat zu Strukturen geführt, die durch Ressourcen- und Energieverschwendung, durch Überkapazitäten und Großkraftwerke und durch die systematische Verhinderung einer klimaverträglichen kommunalen Energiewirtschaft zu kennzeichnen sind.

Gleichwohl kann dieser Erklärungsansatz allein die oben gestellte Frage nicht hinreichend beantworten. Zwar treten in den Strukturen die wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnisse offen zu Tage, weniger offenkundig ist demgegenüber, daß die „Produktionsweise und die ihr entsprechenden Produktionsverhältnisse“ sich immer auch in „bestimmten gesellschaftlichen Bewußtseinsformen“ widerspiegeln. In diesem Zusammenhang greifen wir einen wichtigen Hinweis des amerikanischen Psychiaters Jay Lifton auf. Er bezeichnet die psychische „Dissoziation“ als „eine Form der Anpassung mit der Menschen im Dienste des gesellschaftlichen Wahnsinns normal‘ bleiben“. So unterliegen eine ganze Reihe von psychischen Mechanismen der Dissoziation: Die Rationalisierung, das Verleugern und Verdrängen, die emotionale Abstumpfung und die Ich-Spaltung.

Was Lifton exemplarisch u.a. an der atomaren Abschreckungspolitik aufweist, läßt sich ebenso an der aktuellen Ökonomie- und Ökologiedebatte zeigen. Dissoziation stützt sich in aller Regel auf eine Ideologie, eine Glaubenslehre. Die Glaubenslehre der Mainstream-Ökonomie ist die Vergötterung des Marktes, der Markt als „Wunder“ (Hayek), seine in ihm wohnenden Kräfte führen ganz von selbst - so die Überzeugung der „Gläubigen“ zu Gleichgewicht und optimaler Ressourcenverteilung.

Freiheit ist Markt (vgl. Wahlwerbung der FDP) – folglich kann und darf es keinen regulierenden staatlichen Eingriff in den Markt geben. Freiheit ist zudem die Anerkennung der Marktgesetze durch den Menschen.

Damit kommt den Marktgesetzen gleichsam ein „naturgesetzlicher“ Rang zu. Ökologische und soziale Katastrophen, durch den Marktautomatismus selbst hervorgebracht, werden als Schicksalsschläge umgedeutet und so gegen jede Form der Kritik immunisiert.

Die Konsequenz der Marktideologie lautet auf einen Nenner gebracht: weil Armut, Arbeitslosigkeit, Naturzerstörung („das gab es schon immer“) nicht zu vermeiden sind, müssen wir uns damit abfinden.

Betrachten wir eine für die ökologische Diskussion typische Argumentationslinie: „Nur über eine leistungsfähige Wirtschaft können wir uns den teuren Umweltschutz leisten“. Dieser Satz zeigt beispielhaft den oben skizzierten Prozeß der Dissoziation, der Formierung des Denkens, der emotionalen Abstumpfung gegenüber der Umweltzerstörung und vor allem der Immunisierung gegenüber jedweder Kritik an der Ideologie des Marktes.

Diese Einstellung ist mit dem Sozialwort der Kirchen unvereinbar. So spricht die Randnummer 123 die Zielperspektive der Nachhaltigkeit an.

„Im biblischen Denken ist diese Dimension der Verantwortung darin begründet, daß der Mensch Geschöpf unter Mitgeschöpfen ist. Er ist in eine Schicksalsgemeinschaft mit allen Geschöpfen eingebunden. Es kommt ihm eine besondere Verantwortung für die übrige Schöpfung zu.“

Dagegen steht die Realität des ausgehenden 20. Jahrhunderts. **„Die Industriegesellschaften verhalten sich so, als kämen sie von einem anderen Stern und gehörten hier auf Erden eigentlich nicht dazu. Diesem Verhalten entspricht das erkenntnis- und handlungstheoretische Bewußtsein in Wirtschaft und Wissenschaft“** (vgl. K. M. Meyer - Abich: Praktische Naturphilosophie, in U. E. Simonis: Ökojahrbuch 1997).

Ausdruck dieses Bewußtseins ist die ungehemmt fortgesetzte Plünderung und Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen. Wie kein anderes gesellschaftliches System in der Menschheitsgeschichte ist das kapitalistische Industriesystem auf ständig steigenden Ressourcenverbrauch angewiesen. Gleichzeitig führen Emissionen in Luft, Wasser, Böden und die Biosphäre zu globalen Veränderungen und Schäden.

Die herrschende Politik verhält sich dazu nach dem Prinzip: Nichts Sehen, Nichts Hören, Nichts Sagen. Der Kampf um Ressourcen und die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen sind heute die entscheidenden Ursachen für Hunger, Krieg, Vertreibung und Tod, für die katastrophale Lage weiter Teile der Weltbevölkerung.

Was beispielsweise innenpolitisch völlig verkürzt unter dem Etikett der Asylproblematik diskutiert wird ist bei Lichte gesehen nichts anderes als die millionenfach ausgelöste Migration und Emigration, die ihre Ursachen in der lebensweltzerstörenden Wirtschafts- und Finanzpolitik der westlichen Industrienationen hat. **Die Bundesrepublik Deutschland gehört heute auf dem internationalen Parkett zu den radikalsten Verfechtern der neoliberalen Wachstumsideologie. (Vgl. aktuelle Krise in Rußland und die Verhandlungen zum Multilateralen Abkommen über Investitionen - MAI.)**

Das erstaunt um so mehr, als die Politik des wirtschaftlichen Wachstums, der freien Waren und Finanzmärkte keines der o. g. Probleme lösen bzw. verbessern konnte, weder national noch global. Wieder einmal zeigt sich, daß Ideologien außerordentlich theorie- und empirieresistent sind. Aus den Wirtschaftswissenschaften selbst gibt es seit den 60er Jahren einen Diskussionsstrang (vgl. N. Georgescu - Roegen), der vor der irrigen Einschätzung warnt, Wirtschaftswachstum sei beliebig fortsetzbar. Ihre Vertreter sehen ökonomische Prozesse ganz wesentlich durch Stoffwechselforgänge, also den Wandel von Energie und Materie bestimmte Prozesse an. Diese Prozesse sind nach G. - Roegen „entropisch“, d.h. die Erkenntnisse der Physik der Thermodynamik sind hier bestimmend. Die Thermodynamik bezeichnet die Qualitätsverschlechterung der Energie als Entropiezunahme. Der 1. Hauptsatz der Thermodynamik besagt, daß der Gehalt an Energie in geschlossenen Systemen konstant bleibt. Nach dem 2. Hauptsatz der Thermodynamik geht die verfügbare Energie bei steigender Nutzung unumkehrbar in nicht verfügbare Zustände über.

Der Wertschöpfungsprozeß der kapitalistischen Industriegesellschaft beruht auf der schnellen Ausbeutung von Energie, die sich in einem Ordnungszustand hoher Qualität befindet (die Wissenschaft spricht auch von syntropischen Inseln: Kohle, Erdgas, Erdöl).

Was in Millionen Jahren über die Sonne als primärer Syntropiequelle angelegt wurde, wird dazu im

Verhältnis in Sekunden entnommen und bezogen auf den Ordnungszustand der Energie entwertet. Die Erschöpfung der natürlichen Ressourcen stellt dabei nur ein Problem dar. Noch viel entscheidender sind die Negativwirkungen, die mit der thermischen Abstrahlung, der Zunahme der Toxizität, der Reduzierung der biologischen Netzwerke, und damit der Vielfalt der Arten als schwere Störung des Evolutionsprozesses verstanden werden muß.

Der Entropieanstieg könnte nur dann vermieden werden, wenn der Energiezufluß groß genug wäre, um die Ordnungsstrukturen zu erhalten. Hinzu kommt, daß Industriegesellschaften nicht nur hohe weltweite Entropie verursachen, sie sind selbst auch in sozialer Hinsicht hochentropisch. Der Verlust an sozialer, kultureller Vielfalt und die damit verbundene permanente Zivilisationskrise muß ständig durch eine materielle Warenvielfalt kompensiert werden. Der industrielle Massenkonsum wird zunehmend individualisiert. Die vom Band laufenden Autos sind den jeweiligen Käuferwünschen angepaßt, kaum ein Auto ist so mit dem anderen identisch. Die Industriegesellschaften können dem sozialen Entropismus nur durch den inneren Zwang zu immer neuem Wachstum begegnen.

Auf diesem Hintergrund wird deutlich, daß die Wachstumsideologie der westlichen Industriegesellschaften keine Zukunft haben kann. Die energiepolitische Neuorientierung ist notwendiger denn je.

#### **Dazu gehört:**

- **Die Reduktion der Verbrennung fossiler Energien durch verbesserte Energienutzung.**
- **Der Ersatz fossiler Energien durch erneuerbare Energien bzw. Sonnenenergie: Der Energiebedarf muß auf das natürliche Energiegefälle zwischen Sonne und Erde eingestellt werden, erst dann kann von nachhaltigem Wirtschaften gesprochen werden.**
- **Prävention statt Nachsorge.**
- **Die Produktionsprozesse müssen so entwickelt werden, daß das Eintreten von Fehlern nicht zu regionalen und globalen Katastrophen führt. Auf diesem Hintergrund ist die Kernenergie nicht verantwortbar.**
- **Die Menschen müssen an den wirtschaftlichen Prozessen beteiligt werden, sie müssen mitbestimmen können, sie müssen zuallererst die Nutznießer dieses Wirtschaftens sein.**

Im Kontext des Sozialwortes der Kirchen liest sich das so:

„Nachhaltige Entwicklung ist vom Selbstverständnis her ein Wirtschaftskonzept mit verteilungspolitischen Anspruch. Als Verteilungsregel sollte gelten: Recht und Billigkeit der Ressourcennutzung müssen sowohl unter der jetzt lebenden Weltbevölkerung als auch im Ablauf der Generationen gewährleistet sein. Die natürlichen Lebensgrundlagen sollen im Interesse der nachfolgenden Generationen erhalten werden.“ (RN 224)

## 6. Die Erneuerung des Verhältnisses von Frauen und Männern

---

Für die Parteien der Regierung aber auch der Opposition ist das Verhältnis von Männern und Frauen - wenn überhaupt - nur ein sehr randständiges Thema. Im Wahlkampf spielt es keine Rolle. Das ist mehr als nur ein Symptom.

Im Grundgesetz, Art. 3, Abs. 2 steht: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“

Ebenso mahnt das Sozialwort der Kirchen eindringlich:

„So lange die Erwerbsarbeit die existenzielle Grundlage für die Sicherung des Lebensunterhaltes, die soziale Integration und persönliche Entfaltung des einzelnen ist, ist es die Aufgabe einer sozial verpflichteten und gerechten Wirtschaftsordnung, allen Frauen und Männern, die dies brauchen und wünschen, den Zugang und die Beteiligung an der Erwerbsarbeit zu eröffnen.“ (RN 168)

Von der Demontage des Sozialstaates sind die Frauen am stärksten betroffen, weil sie überproportional erwerbslos sind. Die Aufweichung des Kündigungsschutzes für Kleinbetriebe schlägt wiederum in erster Linie auf die Frauen zurück. 4,8 Millionen Frauen sind vor allem im Einzelhandel, in Arzt- und Anwaltspraxen, in Kosmetik- und Friseursalons beschäftigt, in Bereichen also mit eh nur weit unterdurchschnittlichen Verdienstmöglichkeiten. Gleich ob diese Frauen Teilzeit oder Vollzeit arbeiten,  $\frac{3}{4}$  von ihnen sind finanziell vom Einkommen des sogenannten Familienernährers abhängig. „Die Arbeitswelt und die Betriebe müssen sich deshalb stärker auf die Bedürfnisse der Familien einstellen; Familienfragen dürfen auch in Zeiten einer angespannten Konjunktur und Arbeitsmarktlage kein Randthema bleiben, sondern müssen Bestandteil jedweder Unternehmenspolitik sein.“ (Sozialwort der Kirchen, RN 193)

Eine weitere gravierende Benachteiligung resultiert aus der Anhebung des Rentenalters von 60 auf 65 Jahre. Die Durchschnittsrente für Frauen liegt im Westen bei ca. 800,— und im Osten bei ca. 1.100,— DM. Die vorgezogene Inanspruchnahme der Rente ab dem 60sten Lebensjahr wird mit einem Abschlag von 10,8% bestraft. Damit sind viele Frauen unmittelbar auf die Unterstützung durch das Sozialamt angewiesen.

Geradezu skandalös wird die Spaltung der Gesellschaft, wenn wir die Situation der Familien insbesondere von Alleinerziehenden, in aller Regel sind es Frauen, betrachten.

„Es gibt viele Methoden, sich dauerhaft zu ruinieren.“ So der Präsident des Deutschen Caritasverbandes. „In Deutschland von 1998 ist eine der erfolgversprechendsten die Gründung einer mehrköpfigen Familie“.

So zeigt die genaue Untersuchung der ökonomischen Familiensituation, daß mehr als 50% der Zweikind-Familien in denen der Vater lediglich einen Hauptschulabschluß hat und die Mutter nicht erwerbstätig ist, nicht mehr als das nackte Existenzminimum hat. Bei drei Kindern und mehr steigt diese Quote auf 70%. Am schwierigsten ist die Lage der Alleinerziehenden. Neben den enormen psychischen und physischen Belastungen, den Benachteiligungen auf dem Wohn- und Arbeitsmarkt, geraten sie am ehesten in wirtschaftliche Not. Fast jede vierte Alleinerziehende ist auf ständige Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen.

Auf diesem Hintergrund sind die Erklärungsversuche der zuständigen Ministerin zu ihrem Jugendbericht Ausdruck einer nicht mehr akzeptablen Dummheit oder blanker Zynismus. Es ist ein weiteres Beispiel der oben skizzierten Dissoziation, der gespaltenen Realitätswahrnehmung. Nur wenn die Chancengerechtigkeit für Frauen, die Aufwertung von frauenspezifischen Berufen, der Abbau von Benachteiligungen der Frauen vor allem bei den sozialen Sicherungssystemen zur Verpflichtung und zum Handlungsfeld für Politik, Tarifvertragsparteien, die Kammern, Verbände und Organisationen werden, kann ein neues Geschlechterverhältnis Gestalt annehmen. „Wesentlich für die Gleichstellung ist, daß in Zukunft die Frauen einen gerechten Anteil an der Erwerbsarbeit erhalten und die Männer einen gerechten Anteil an der Haus-, Erziehungs- und Pflegearbeit übernehmen.“ ( Sozialwort der Kirchen, RN 153)

Mit einer neoliberalen, ausschließlich auf Wachstum orientierten Wirtschaftspolitik ,läßt sich die Zukunft nicht gestalten. **Ein Politikwechsel ist überfällig.**

# Anhang:

## Grafiken

**Grafik 1:** Arbeitsvolumen in Millionen Arbeitsstunden in Westdeutschland 1966 – 1996

**Grafik 2:** Licht und Schatten – Geldvermögen der privaten Haushalt in Westdeutschland

**Grafik 3:** Die Einkommens-Karriere der Deutschen

**Grafik 4:** Arbeitslosigkeit – von Gipfel zu Gipfel

**(Die Grafiken sind nur in der Prinausgabe enthalten.)**